

Arbeiten am absoluten Limit

Helmut Müller (59) vertritt seit Juni im Vorstand des SKM-Bundesverbandes (Sozialdienst katholischer Männer) die Interessen der Betreuungsvereine, insbesondere für die Diözesen Trier, Speyer und Freiburg. Was ihn umtreibt: „Die Finanzierung der Vereinsarbeit ist schon lange nicht mehr auskömmlich. Die allgemein steigenden Kosten verschärfen die Problematik. Schon jetzt sind drei von 21 katholischen Betreuungsvereinen im Bistum Trier akut in ihrem Bestand gefährdet.“

Von Rolf Lorig

Laut einem Veröffentlichung der Diakonie benötigen 1,3 Millionen Menschen in Deutschland eine rechtliche Betreuung, da sie ihr Leben nicht mehr alleine regeln können. Hier helfen dann Betreuungsvereine wie der SKM. Wie wichtig dies ist, weiß Helmut Müller. Er engagiert sich seit seinem Ruhestand beim Sozialdienst Katholischer Frauen/Männer (SKF/M) in Bitburg. Dort betreuen fünf hauptamtliche Mitarbeiter rund 300 bedürftige Menschen. Inzwischen ist Müller neben seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Vorsitzender des SKM-Diözesanvereins Trier auch Mitglied des Vorstandes des Diözesan-Caritasverbands.

Im Bistum Trier gibt es 20 Katholische Betreuungsvereine. Diese sind über den Diözesanverein SKM organisiert, der Fachverband für Betreuungsrecht ist. Der Fachverband kümmert sich um die Personalkosten, organisiert Fortbildungen und Schulungen für ehrenamtliche Betreuer, kümmert sich um Versicherungen und das Thema Datenschutz etc. All diese Gremien betreuen Menschen, die teilweise am Rande der Gesellschaft stehen. Neben Krankheit oder Demenz sind Alkohol und Drogen das Problem. Betreut wer-

den aber auch Senioren, die in Altenheimen leben und keine Angehörigen mehr haben: „Menschen, die ihre Angelegenheiten selbst nicht mehr regeln können.“ Das Gericht ordnet für die Vermögensfürsorge eine rechtliche Betreuung an. „Wir kümmern uns drum, dass die Menschen eine Wohnung haben, dass beim Jobcenter rechtzeitig ein Antrag auf Bürgergeld gestellt wird. Die Menschen bestimmen selbst über ihr Geld, sie stehen schließlich nicht unter einer Vormundschaft.“

Betreuung wird gerichtlich angeordnet

Die Finanzen sind aber auch in den Betreuungsvereinen ein dringliches Thema. Denn für die Betreuung ihrer Klientel beschäftigen sie hochqualifizierte Fachkräfte: „Diplom-Psychologen und Sozial-Pädagogen.“ Da die Betreuung der Bedürftigen gerichtlich angeordnet ist, muss die Justizkasse für einen Teil der Kosten aufkommen. „Dafür rechnen wir beim Gericht die jeweiligen Sätze ab. Am Ende des Monats muss so viel Geld da sein, dass ich die Gehälter zahlen kann.“

Was einfach klingt, ist in Wirklichkeit ein ganz schwieriges Thema: „Das Betreuungsrecht wurde



Helmut Müller hofft bei der Finanzierung der Arbeit auf den Silberstreif am (politischen) Horizont.

Foto: Rolf Lorig

zum 1. Januar 2023 komplett geändert, um eine bestmögliche Versorgung sicherstellen zu können. Damit werden an die Betreuungen und Vereine maximale Qualitätsanforderungen gestellt. Zudem wolle man die Betreuten mehr in ein selbstbestimmtes Leben führen. Damit hat die Dokumentationspflicht weiter zugenommen.“

Die Betreuungsvereine bieten verschiedene Arten der Betreuung an. Die Vermögensfürsorge ist laut Helmut Müller die häufigste. Es gibt noch die Gesundheitsfürsorge und das Aufenthaltsbestimmungsrecht.

Doch zurück zu den Finanzen. Seit etlichen Jahren sind die Pauschalen für die Abrechnung gleichgeblieben. Steigenden Gehältern und der Inflation wurde keine Rechnung getragen. „Die

Folge daraus ist, dass die Betreuungszahlen hochgefahren werden müssen, damit sich der Verein überhaupt über Wasser halten kann.“ In Bitburg muss sich nun ein Betreuer um 60 Klienten kümmern, „sonst ist sein Arbeitsplatz nicht finanziert.“

Mitarbeiter müssen mehr Betreuungen übernehmen

Ab 2026 sollen die Pauschalen moderat angehoben werden, und bis dahin soll ein Inflationsausgleich an die Vereine gezahlt werden: „Pro Betreuung und Monat sind das 7,50 Euro.“ Für Müller ein Tropfen auf den heißen Stein: „In Bitburg habe ich bei den Gehältern im Jahr 50 000 Euro an Mehrkosten, nur durch die Tarifierhöhungen. Geld, das nicht da ist und das

nur durch die Erhöhung der Betreuungszahl generiert werden kann.“ Wünschenswert wäre eine Dynamisierung der Pauschalen, deren Höhe der Bund festlegt: „Doch da stoßen wir auf taube Ohren.“ Wobei das Beispiel Bitburg symptomatisch ist. „Mindestens drei Betreuungsstellen sind in ihrem Bestand gefährdet: Saarburg, Bad Neuenahr-Ahrweiler und Bitburg.“ Wobei sich die Situation in Bitburg durch das Hochfahren der betreuten Stellen etwas entspannt habe. „Aber unsere Leute arbeiten am absoluten Limit!“

Und noch etwas brennt Helmut Müller unter den Nägeln: Die Zahlungsmoral von Land und Kommunen. Neben den Betreuungspauschalen zahlen Land und Kommunen jeweils 36 000 Euro pro Jahr für eine Querschnittsstel-

le. Geld, das für Schulungen und Weiterbildungen und Werbung für ehrenamtliche Helfer sowie für Öffentlichkeitsarbeit, aber auch für Beratungstätigkeiten gezahlt wird. „Ich bekomme also für eine Stelle 72 000 Euro, habe aber tatsächliche Kosten in Höhe von 108 000 Euro.“

In der Tat mussten angesichts der schwierigen finanziellen Situation schon etliche Betreuungsvereine ihre Tätigkeit einstellen: „Ganz aktuell wird der Verein in Birkenfeld abgewickelt, da ist der Vorstand bereits im vergangenen Jahr zurückgetreten. Als Diözesanvorsitzender wurde ich vom Amtsgericht Bad Kreuznach bis zur Abwicklung als Interimsvorsitzender eingesetzt.“

Warten auf das Geld vom Amtsgericht

Was die Situation weiter verschärft: „Wir reichen die Rechnungen für die Betreuungen monatlich bei den Amtsgerichten ein. Die Rechtspfleger, die das bearbeiten, arbeiten ebenfalls am Limit. In Bitburg haben wir Rechnungen in Höhe von 72 000 Euro beim Amtsgericht eingereicht, doch das Geld kommt nicht ...“

Gibt es angesichts der schwierigen Situation den berühmten Silberstreif am Horizont? Müller lacht, aber es ist kein fröhliches Lachen. „Einen gibt es vielleicht, das ist die Stadt Landau. Dort hat man erkannt, dass die Schließung des Betreuungsvereins hohe Folgekosten für die Stadt bringen würde, da die Stadt dann diese Aufgaben übernehmen müsste. Deshalb zahlt die Stadt dem Verein pro Vollzeitstelle 10 000 Euro Zuschuss. Und spart bei drei Betreuern so gut 300 000 Euro. Die haben das Problem erkannt ...“